

**12436/AB**  
Bundesministerium vom 19.12.2022 zu 12818/J (XXVII. GP)  
[bmf.gv.at](http://bmf.gv.at)  
Finanzen

**Dr. Magnus Brunner, LL.M.**  
Bundesminister für Finanzen

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.780.688

Wien, 19. Jänner 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 12818/J vom 2. November 2022 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen beehe ich mich Folgendes mitzuteilen:

Einleitend wird festgehalten, dass Österreich seine Abhängigkeit von russischen Gasimporten in den letzten Monaten von ca. 80% auf aktuell unter ca. 20-25% stark reduziert hat. Mit der Gründung der Austrian Strategic Gas Storage Management (ASGM) und der staatlichen Gasreserve wurden bereits wesentliche Bausteine geschaffen, um die Gasversorgungssicherheit zu stärken. Alternative Gasversorgungs Routen in die EU werden zurzeit mit Hochdruck ausgebaut und somit wird erwartet, dass sich die Gasversorgungssituation innerhalb der nächsten 2-3 Jahre weitgehend entspannen wird.

Ziel der Bundesregierung ist und bleibt, die Gasversorgung der österreichischen Haushalte und Unternehmen sicherzustellen. Bei einer Grundannahme von 100 TWh und einem Einsparungseffekt von rund 15% wird ein Bedarf von 85 TWh für den Winter 2023/24 angenommen.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass für die Gasversorgung das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie federführend

zuständig ist. Ergänzend darf daher zum Thema der vorliegenden parlamentarischen Anfrage auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 12162/J vom 14. September 2022 durch die Frau Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie hingewiesen werden.

Zu 1.a. bis 1.i. und 2.a.:

Die Bundesregierung arbeitet seit Kriegsbeginn intensiv daran, die Gasversorgung für die Menschen im Winter zu sichern und von russischem Gas so unabhängig wie möglich zu werden. Dies ist sowohl für den Wirtschaftsstandort als auch für viele private Haushalte von größter Relevanz. Darüber hinaus muss aber auch analysiert werden, wie sich Österreich für die Zukunft bestmöglich aufstellen kann und ob es sinnvolle Schrauben gibt, an denen gedreht werden kann.

Das oberste Ziel ist die Versorgungssicherheit der Unternehmen und Haushalte. Dafür braucht es die Anstrengung vieler in diesem Land. Die Versorgungslage im aktuellen Winter zeigt, dass koordiniertes Vorgehen Resultate bringt. Die wichtigste Aufgabe ist es, die Transportkapazitäten nach Österreich zu sichern. Nicht die Gasmengen bilden den Flaschenhals, sondern die dafür notwendigen Transportkapazitäten, da wir ein Binnenstaat sind.

Vor diesem Hintergrund der Sicherung der Energie- und Gasversorgung Österreichs hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) beauftragt, eine rechtliche und wirtschaftliche Evaluierung von Handlungsoptionen und Organisationskonzepten betreffend im Energiebereich tätiger Beteiligungen der ÖBAG – aus Eigentümersicht – unter Berücksichtigung der geänderten politischen Prämissen sowie der Sicherstellung der Versorgungssicherheit in Österreich detailliert zu erarbeiten. Konkret gibt es sechs Teilbereiche, die abgedeckt werden sollen:

- Know-how und Learnings anderer Länder evaluieren, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren
- Analyse des vorhandenen Portfolios der Republik im Hinblick auf die Gasversorgung
- Evaluierung des maximalen Potentials der Gasförderung in Österreich (konventionell und unkonventionell)
- Analyse des Portfolios der ÖBAG-Beteiligungen
- Evaluierung infrastruktureller Optimierungspotentiale
- Ableiten von Handlungsoptionen für die Republik als Entscheidungsgrundlage für die Bundesregierung

Die vorgeschlagenen Handlungsmöglichkeiten reichen von der Stabilisierung der Eigengasförderung, über Möglichkeiten, das norwegische Gas der OMV zur Versorgung nach Österreich zu transportieren, bis hin zu Überlegungen wie man mit einem Fuel Switch beispielsweise leichtölähnliche Wärmekraftwerke heranziehen kann. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zusammen bringen rund 70-80 TWh Gas. Ein wesentlicher Faktor sind allerdings die Transportkapazitäten nach Österreich, welche im Sommer 2023 über Auktionen gebucht werden müssen.

Neben den kurzfristig wirksamen Maßnahmen wurden in der Analyse auch drei Optionen zu organisatorischer langfristiger Umsetzung der Gasversorgung beleuchtet:

- Gas-Koordinierungsstelle für die Gasbeschaffung
- Komplette Übernahme der Gasbeschaffung durch ein staatliches Unternehmen
- Hereinnahme eines Partners nach unverbindlichem Angebot für Teile der OMV

Im Rahmen der Beauftragung findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den je nach Bedarf inhaltlich befassten Personen im BMF, Vertreterinnen und Vertretern der ÖBAG sowie den von der ÖBAG hinzugezogenen Experten von McKinsey & Company statt.

#### Zu 2.b. bis 2.j.und 2.l. bis 2.n.:

Nach dem BMF vorliegenden Informationen setzte sich das Konsortium im September 2022 wie folgt zusammen:

- Aker bzw. AkerBP
- Trafigura
- Bluewater
- DNO

Das Schreiben des Konsortiums an das BMF sowie die dem BMF vorliegenden Informationen wurden an die ÖBAG übermittelt, um diese im Rahmen des Ersuchens zu evaluieren (siehe die Ausführungen zu Frage 1).

Darüberhinausgehende Informationen liegen dem BMF nicht vor.

### Zu 2.k.:

Im Zuge eines professionellen und effektiven Beteiligungsmanagements nimmt das BMF seine aktive Eigentümervertreterrolle gegenüber der ÖBAG wahr und steht mit dieser auf verschiedenen Ebenen – sowohl auf Fachebene, als auch auf Ministerebene – in einem regelmäßigen Austausch. Im Interesse der Republik wird ein strategischer Dialog sowohl mit Vertretern der ÖBAG als auch mit Vertretern der zugehörigen Beteiligungsunternehmen laufend geführt. Die Aufgabe des BMF besteht allerdings nicht darin, in einzelne Geschäftsfälle oder unternehmerische Entscheidungen der Beteiligungsunternehmen einzugreifen.

### Zu 2.o.:

Mit dem Gasdiversifizierungsgesetz, BGBl I Nr. 95/2022 idF BGBl I Nr. 107/2022, wurde die Basis für Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz der Volkswirtschaft durch Reduktion der Abhängigkeit von russischem Erdgas geschaffen.

Es können die Kosten von Unternehmen für die Lieferung von Erdgas aus nichtrussischen Quellen für den Absatz in Österreich oder Kosten von Unternehmen für den Einsatz von Erdgas aus nichtrussischen Quellen, sofern dadurch nicht erneuerbare Energieträger oder Fernwärme ersetzt werden, unterstützt werden.

Des Weiteren können Kosten von Unternehmen für die Umrüstung von Anlagen zur Erzeugung von Strom, Wärme und/oder Kälte, durch die der alternative Betrieb mittels anderer Energieträger ermöglicht wird, oder zur Erhöhung der Resilienz der Volkswirtschaft im Fall des Vorliegens der Voraussetzungen für die Erlassung einer Verordnung gemäß § 4 Abs. 1 Z 1 des Energielenkungsgesetzes 2012 (BGBl. I Nr. 41/2013 idG) sowie die Kosten von Unternehmen zur Herstellung und Vorbereitung der Betriebsfähigkeit, für die Bereithaltung sowie für den Betrieb der Anlagen zur Erzeugung von Strom, Wärme und/oder Kälte abgefedert werden. Der Mitteleinsatz ist der Höhe nach auf die Abdeckung der Mehrbelastungen begrenzt, die sich aus der Differenz des Kostenaufwands und den erzielten Erlösen ergeben.

### Zu 2.p.:

Die in der Fragestellung angesprochene Gründung einer zusätzlichen Agentur für die Sicherung der Gasversorgung wird derzeit wie auch andere Optionen geprüft.

Mit der vorliegenden Analyse hat das BMF mehrere Handlungsoptionen, die nun ausgearbeitet werden, um die Versorgung der österreichischen Haushalte und Unternehmen mit nicht-russischem Gas bestmöglich zu gewährleisten.

Auf die Arbeiten auf EU-Ebene für eine Verordnung des Rates „Mehr Solidarität durch eine bessere Koordinierung der Gasbeschaffung, den grenzüberschreitenden Austausch von Gas und zuverlässige Preis-Referenzwerte“ darf verwiesen werden.

Der Bundesminister:

Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

